

Rapperswil-Jona, 23.10.2020
veröffentlicht am 24.10.2020

<https://www.nau.ch/ort/rapperswil-jona/hanspeter-raetzo-stadtrat-verhindert-eine-diskussion-zum-klima-65807133>

An diesem Wochenende werden die Stimmberechtigten von Rapperswil-Jona über einen Klimaartikel abstimmen. Verlangt haben SP, GLP und UGS (Grüne) als Klimaallianz, dass die Stadt „bis spätestens ins Jahr 2040 eine Reduktion des Treibhausgasausstosses auf Netto-Null“ erreichen muss. An der Bürgersammlung vom 6. Juni 2019 nahmen die Stimmberechtigten diesen Antrag an. Der Stadtrat wollte den Bürger:innen einen entsprechenden Vorschlag zur Ergänzung der Gemeindeordnung präsentieren.

Der Vorschlag des Stadtrates enthielt nicht nur einige kosmetischen Änderungen, er schob auch das Ziel aufs Jahr 2050 hinaus. Die Begründung des Stadtrates für diese Änderung lautet lapidar, dass das Klima-Ziel bis 2040 nicht erreichbar sei.

Jetzt wird über die stadträtliche Vorlage, und nur über sie, an diesem Wochenende an der Urne abgestimmt.

Der normale Weg wäre die Präsentation beider Vorlagen an einer Bürgerversammlung gewesen, diese aber fielen der Corona-Krise zum Opfer.

Das Vorgehen des Stadtrates ist in mehrfacher Hinsicht bedenklich. Deshalb haben Pablo Blöchliger und ich Abstimmungsbeschwerde beim Departement des Inneren erhoben.

Aufgrund der Gesetzeslage darf über die Vorlage gar nicht an der Urne abgestimmt werden. Eine Verschiebung von Vorlagen von der Bürgerversammlung an die Urne ist nur statthaft, wenn es sich um „unaufschiebbare Geschäfte“ handelt. Das ist hier, auch für den Stadtrat, erkennbar nicht der Fall, verschiebt er doch das Erreichen des Klimazieles selbst um zehn Jahre nach hinten.

Bürgerversammlungen werden auch wieder stattfinden. Und falls nicht: Die Alternative, beide Vorschläge mit einer Stichfrage den Stimmberechtigten vorzulegen, lehnte der Stadtrat ab.

Der Stadtrat verhindert damit eine Diskussion der Bürger:innen über die zwei Vorschläge. Dass von Bürger:innen angenommene Anträge nachträglich einfach geändert werden zeigt eine Geringschätzung gegenüber den demokratischen Institutionen, gar eine Geringschätzung der Abstimmenden an Bürgerversammlungen. Das ist schon bedenklich genug, noch schlimmer ist, dass den Bürger:innen das Recht genommen wird, auf dem ursprünglichen, von ihnen angenommenen, Antrag zu beharren und zu ihrer Meinung zu stehen.

Auf nationaler Ebene sehen wir was mit dem CO₂- Gesetz passiert. Teile der „Klimajugend“ ergreifen das Referendum weil es zu wenig weit geht, Autoindustrie und rechte Parteien ergreifen es, weil es zu weit geht. Dies könnte auch hier passieren.

In Rapperswil-Jona ist eine rechtlich einwandfreie und demokratiepolitisch faire Abstimmung nötig. Und dies ist mit dem stadträtlichen Vorgehen nicht gegeben.

Gemäss Linthzeitung lässt der Stadtrat sein Vorgehen damit begründen, dass die Parteien der Klimaallianz diesem zugestimmt hätte. Für Änderungen von Bürger:innen-Versammlungs-Beschlüssen müssten allerdings die Bürger:innen selbst zuständig sein, nicht Parteien. Und genau das spricht für eine Bürgerversammlung.

Die Dringlichkeit von Klima-Massnahmen wird von uns nicht bestritten. Bürgerversammlungen wurden vom Stadtrat (noch) nicht abgesagt, an der nächsten könnte bereits diskutiert und abgestimmt werden. Falls keine durchgeführt werden könnten: der nächste Abstimmungstermin wäre der 07.03.2021, dann mit beiden Vorlagen und Stichwahl.

Es ist eine Verzögerung die für das Klima verkraftbar ist, bei der rechtsstaatliche Vorgaben eingehalten werden können und die die Demokratie in Rapperswil-Jona nicht weiter beschädigt.